



# Bundestags- brief

Nr. 164 • Die Woche im Bundestag • 30.01.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Bewegendes Gedenken

Am vergangenen Dienstag haben wir im Deutschen Bundestag des 70. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gedacht.

Bundespräsident Gauck hat eine bewegende Rede gehalten und klargestellt, dass „die Erinnerung an den Holocaust eine Sache aller Bürger [bleibt], die in Deutschland leben. Er gehört zur Geschichte dieses Landes.“

Wir alle sind in der Pflicht, die Erinnerung an die Verbrechen, die in deutschen Namen begangen wurden, beständig wachzuhalten und die Lehren aus diesem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte an alle uns nachfolgenden Generationen weiterzugeben.

Diese bedeutsame Aufgabe leitet auch die Erinnerungs- und Gedenkpolitik der Bundesregierung. Deshalb fördert der Bund gemeinsam mit den jeweiligen Sitzländern die KZ-Gedenkstätten in Buchenwald, Mittelbau-Dora, Sachsenhausen, Ravensbrück, Bergen-Belsen, Neuengamme, Dachau und Flossenbürg.

Als authentische Orte des nationalsozialistischen Terrors sind sie bleibende Zeitzeugnisse, die den Nachgeborenen das letztlich unvorstellbare Grauen vor die eigenen Augen führen können.

Neben der Pflege und dem Erhalt der authentischen Orte ist es aber auch unser Anliegen, die Erinnerung und das Gedenken an den Holocaust im Alltag wachzuhalten.

Deshalb wurden im Zentrum unserer Hauptstadt Berlin mit dem „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, dem „Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen“, dem „Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas“ sowie dem „Gedenk- und Informationsort für die Opfer der

nationalsozialistischen Euthanasie-Morde“ zentrale Orte geschaffen, um das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in der Mitte unserer Gesellschaft wachzuhalten.

Dabei vergessen wir auch jene nicht, die sich der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus entschlossen entgegengestellt haben. In der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, im „Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt“ und in der „Gedenkstätte Stille Helden“ erinnern wir an jene Menschen, die Widerstand geleistet haben oder unter Lebensgefahr verfolgten Juden beistanden, um sie vor dem NS-Regime zu schützen.

Für mich ist aber auch klar, dass bei allem Engagement der Politik sich Gedenken letztlich nicht staatlich verordnen lässt. Deshalb freue ich mich, dass es immer mehr gesellschaftliche Initiativen gibt, die sich der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus verschrieben haben.

In vielen deutschen Städten erinnern heute immer mehr Stolpersteine an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die der Rassenpolitik der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, kommunale Geschichtsvereine erforschen die Auswirkungen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft auf lokaler und regionaler Ebene, und an vielen Orten setzen sich Bürgerkomitees und andere Bürgerinitiativen dafür ein, dezentrale Orte des Erinnerns und Gedenkens zu schaffen.

Dieses vielfältige Engagement zeigt, dass es der Politik, aber vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ein echtes Anliegen ist, die Erinnerung an das Grauen und das Leid offen zu halten, das im deutschen Namen begangen wurde. Und das ist die gute Nachricht, die von diesem Gedenktage ausgeht.

## **Sicherheit für Europa und die Welt**

Die Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus mahnt uns, als Weltgemeinschaft verbrecherischen Regimen und Organisationen entschieden entgegenzutreten.

Deswegen ist es richtig, wenn wir in dieser Woche durch die Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte Verantwortung übernehmen.

Die internationale Hilfe hat dazu beigetragen, der Terrormiliz IS die hart umkämpfte Stadt Kobane wieder zu entreißen. Wie schon in der Region Kurdistan-Irak ist es gelungen, die Wucht des Angriffs der Islamisten zu brechen und sie aus erobertem Gebiet wieder zu verdrängen. Der Terror darf und er wird nicht gewinnen.

Mit Schrecken registrieren wir die neuen Gewaltexzesse in der Ostukraine. Alle, die vor schnell ein Ende der deutlich wirksamen Sanktionen gegen Russland fordern, müssen sich mit der unbestechlichen Lageanalyse der OSZE befassen.

Die von Russland gedeckten und unterstützten Rebellen in der Ostukraine haben nicht nur die Friedensgespräche abgebrochen, sie sind auch für eine erneute Eskalation und Ausweitung der Kämpfe nach Mariupol verantwortlich.

Sollte Präsident Putin dieser Eskalation keinen Einhalt gebieten, muss die Verschärfung der Sanktionen erwogen werden. Verantwortung heißt hier, dass wir beharrlich an einer Lösung arbeiten, die den Menschen in der Ukraine den Frieden zurückbringt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu Recht eine friedlichen Lösung angemahnt und die Umsetzung der Minsker Vereinbarung vom September gefordert. Die Waffenruhe muss eingehalten und neue Eskalationen müssen vermieden werden. Hier ist Präsident Putin in der Verantwortung.

## **Europa nach Griechenlandwahl.**

Von völlig anderer Art sind die Herausforderungen, die sich innerhalb der EU stellen. Denken wir nur an die geldpolitischen Beschlüsse der EZB oder der Schweizerischen Nationalbank.

Und mit Blick nach Griechenland ist es schon erstaunlich, wie schnell sich linke Wahlsieger und rechte Populisten zu einer Regierung zusammenfinden. Erstaunlich, wer bei uns in Deutschland diesen Wahlsieg bejubelt hat. Extreme sind sich ganz offenbar doch näher, als viele wahr haben wollen.

Ebenso wahr ist aber auch: Nicht die Troika, Brüssel oder Berlin sind schuld an der griechischen Misere, sondern das jahrzehntelange Versagen der Eliten Griechenlands. Und weiter gilt: Die neue griechische Regierung ist genauso an die Verträge gebunden, die das Land mit seinen europäischen Partnern eingegangen ist, wie jede Vorgängerregierung auch. Das unterscheidet das heutige vom früheren Europa.

## **Gute Verfassung der deutschen Wirtschaft weiter stärken**

Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung umreißt die Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in diesem Jahr. Wir können feststellen, dass unter der unionsgeführten Bundesregierung das deutsche Wirtschaftswachstum trotz der weiter schwelenden geopolitischen Risiken wieder an Dynamik gewinnt.

Die entscheidenden Antriebskräfte sind ein starker Arbeitsmarkt und steigende verfügbare Einkommen. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen im vergangenen Jahr hat Deutschland zum achten Mal in Folge einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht - und die hohe Zahl offener Stellen weist auf weiter steigende Arbeitsnachfrage hin.

Wir müssen nun also die gute wirtschaftliche Verfassung unseres Landes erhalten und möglichst weiter ausbauen.

Es ist daher erfreulich, dass wir unseren Koalitionspartner auch mittelfristig von der schwarzen Null überzeugen konnten und auf dieser Grundlage nun über private und öffentliche Zukunftsinvestitionen sprechen können.

Ebenso erfreulich ist es, dass unser Koalitionspartner inzwischen die Bedeutung von Struktur-reformen in Deutschland und Europa anerkennt.

Denn Investitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn die unternehmerischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen.

Vor diesen Hintergrund trägt der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht den Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“.

Konsens konnte die Bundesregierung insbesondere darüber herstellen, eine mittelstandsfreundlich ausgestaltete Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhalten und die kalte Progression möglichst noch in dieser Wahlperiode abzumildern.

Darüber hinaus sollen mit einem Tarifeinheitsgesetz Tarifkollisionen aufgelöst, flexiblere Beschäftigungsoptionen im Alter geprüft, der Bürokratieabbau insbesondere durch Einführung einer „One in-One out“-Regelung vorangebracht und auch die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) erfolgreich abgeschlossen werden.

Gepaart mit sinnvollen Zukunftsinvestitionen werden diese Maßnahmen nachhaltig zu Wachstum und Beschäftigung beitragen.

### **Entschlossen gegen Islamisten.**

Seit 2012 und verstärkt seit 2013 sind mindestens 600 Islamisten, davon mehr als die Hälfte deutsche Staatsbürger, aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist, wo von der Anwesenheit von mehr als 3.400 Kämpfern allein aus Europa auszugehen ist. Viele von ihnen wurden militärisch ausgebildet und haben in dieser Region an Kämpfen teilgenommen.

Die Ausreise von Kämpfern aus Deutschland in Krisenregionen trägt zur Destabilisierung staatlicher und ziviler Strukturen in diesen Krisengebieten und zur Stärkung terroristischer Strukturen vor Ort bei.

Sie geht mit Straftaten im Ausland einher und berührt erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland. Die Rückreise dieser Personen gefährdet die innere Sicherheit Deutschlands. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass kampferprobte Rückkehrer in Deutschland aktiv werden und Anschläge planen.

Nach geltendem Recht kann diesen Gefährdern bereits heute der Reisepass entzogen werden. Zukünftig gilt dieses auch für den Personalausweis, um Ausreisen in Krisengebiete, etwa über die Türkei, effektiver unterbinden zu können.

Ein Ersatz-Personalausweis wird als Identifikationsnachweis ausgestellt. Dieses ist kein Allheilmittel gegen den Terror, aber wir müssen alles tun, um Terroranschläge zu verhindern.

Dazu gehört auch, den Versuch der Ausreise mit terroristischen Motiven unter Strafe zu stellen und terroristischen Vereinigungen ihre finanzielle Grundlage zu entziehen.

Auch benötigen wir dringend Mindestfristen zur Speicherung von Verbindungsdaten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass 23 EU-Mitgliedstaaten auf dieses Mittel zur Terrorbekämpfung setzen, Deutschland aber weiterhin darauf verzichtet.

Wir halten es zudem für richtig, die Sympathisierung für Terrorvereinigungen wieder unter Strafe zu stellen.

### **Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe gestiegen**

Der Bund sowie die Länder und ihre Gemeinden haben im Jahr 2013 insgesamt rund 35,5 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben.

Das sind rund zehn Prozent mehr als 2012. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von etwa 2,7 Milliarden Euro unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen wendete die öffentliche Hand netto rund 32,8 Milliarden Euro auf. Gegenüber 2012 entsprach das ebenfalls einer Steigerung von rund zehn Prozent.

Der größte Teil der Ausgaben (65 Prozent) entfiel mit rund 23 Milliarden Euro auf die Kindertagesbetreuung. Das waren 13 Prozent mehr als 2012. Rund ein Viertel der Ausgaben insgesamt mehr als 8,7 Milliarden Euro wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf.

Davon entfielen etwa 4,7 Milliarden Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform.

Knapp fünf Prozent der Gesamtausgaben (rund 1,7 Milliarden Euro) wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugendberufshilfe oder Jugendzentren.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*